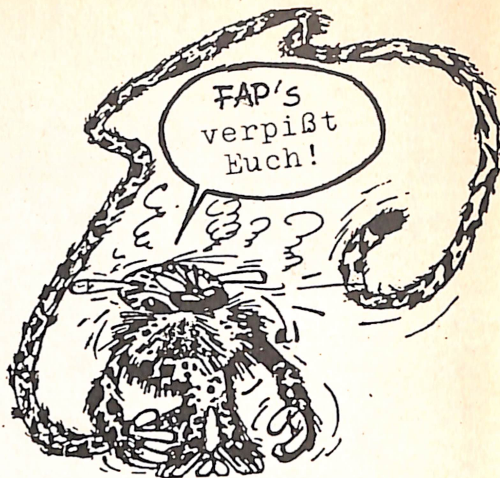
# ANTIFAJUGENDINFO

## LEIPZIG

Gegen das Gewöhnen
Organisiert
Widerstand und
Solidarität!

—,50 DM an der Schule
für jugendliche kostenlos




## *Liebe Leipziger Antifas!*

Ihr werdet euch sicherlich über das neue, handlichere Format des *Antifa Jugendinfos* freuen, denn mit diesem Schritt zu einem wesentlich umfangreicheren Din A5-Heft versuchen wir, euren Informationsbedarf zu stillen.

Diese Umstellung hat uns etwas Zeit und Kraft gekostet, ja ja, wir geben zu, mehr als wir vermuteten. Da wir nun eingearbeitet sind, wird das bestimmt nicht wieder passieren... Der längste Beitrag berichtet noch einmal von den Ereignissen um und in Hoyerswerda. Dieser Artikel wurde insgesamt vom bundesweiten Jugendinfo übernommen. Er ist zwar zeitlich nicht aktuell, thematisch aber auf jeden Fall. Die in ihm enthaltenen Fakten und Daten sollte jede/r kennen. Interessant dürfte er vor allem für jene sein, die zu dieser Zeit nicht dort waren.



Am 21.3. findet in Leipzig ein bundesweites Nazitreffen unter dem Vorwand einer "Anti-Drogen"-Demo statt. Mit diesem Konzept wollten die Nazis schon in Österreich Städte "ausländer- und linksfrei" machen.

**BEREITEN WIR IHNEN EINEN HEISSEN EMPFANG!!**

Nähere Infos über Flugis und Plakate.

Mit dem '§ 218'-Artikel und dem Beitrag 'Repression made in Germany' schreiben wir über Themen, die bisher noch nicht so konkret behandelt wurden. Beide sind nicht als abgeschlossen zu betrachten - die Diskussion geht weiter. Schreibt, was ihr an Erfahrungen mit der Emanzipation und dem Widerstand gegen Repression gemacht habt!

"Sie haben die Macht,
doch euch gehört das Jugendinfo!"

Ciao



## IMPRESSUM

Das *Antifa Jugendinfo* wird herausgegeben von der "Antifa Jugendfront Leipzig" und von ihren Mitgliedern und FreundInnen verteilt.
Jeder Artikel darf ganz oder teilweise gegen Zusendung eines Belegexemplars in antifaschistischen Zeitungen u.ä. abgedruckt werden.



Verantwortl. Redakteur:
Frank Stefan

Postanschrift:
ANTIFA JUGENDINFO
Berhard-Göring-Str. 152
7030 Leipzig

# MENSCHENJAGD – und alle anderen schauen zu ..

Es begann wie schon so oft in den letzten Jahren: Eine Gruppe von Nazis und rassistischen Jugendlichen griffen ein Wohnheim von AusländerInnen an, warfen Steine in die Scheiben, verprügelten diejenigen, die ihnen in die Hände fielen. Hoyerswerda am 17. September '91, es hätte auch Karlsruhe sein können, Neubrandenburg oder jede andere deutsche Ortschaft. Nur – diesmal standen die vielen deutschen, ordnungsliebenden Bürger nicht nur tatenlos daneben, sondern sie applaudierten, sie spornten die angreifenden Faschisten noch an.

Hoyerswerda stand damit als Symbol eines neuen Abschnitts: Dem Beginn von neuen Pogromen gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Denn allein in den nun folgenden drei Wochen hat sich viel geändert: Weit über 300 Anschläge und Überfälle auf AusländerInnen-Wohnheime und Asyllager, davon über 100 Brandanschläge! Versuchte Morde. Und Morde. Denn nach wenigen Tagen starb ein junger Flüchtling in Saarlouis! Allein in einem Jahr starben in diesem Land mindestens fünf Menschen durch rassistische Gewalt!



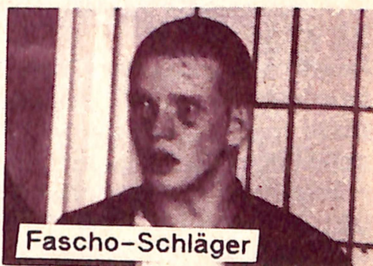




Ob Hoyerswerda, ob all die täglichen Nachrichten über diese Angriffe - plötzlich ist das normal geworden, scheinbar gehört es plötzlich ganz selbstverständlich dazu.
Der Horror, als im November in Eberswalde oder später in Dresden Schwarze wegen ihrer Hautfarbe umgebracht wurden, scheint größer gewesen zu sein als der, der heute herrscht. Die Normalität hält bereits nach wenigen Wochen Einzug. Der Faschismus, die Judenpogrome, die massenhafte Vernichtung von Menschen im "Dritten Reich" wirkt plötzlich nicht mehr so abstrakt. Denn heute sehen wir plötzlich, was einfach so möglich ist: Jede Nacht ziehen Rechtsradikale und ihre Gefolgschaft an Asylheime, können in Ruhe Feuer legen, Menschen auf offener



Straße ermorden - und der größte Teil der Bevölkerung schaut weg oder klatscht sogar noch Beifall. Die Faschisten sind gerade dabei, sich die Straße zu erobern. Und in vielen Orten kapitulieren ihre Gegner und ihre Opfer. Und von "oben" kommen nur zynische Reaktionen, die im Endeffekt den Opfern die Schuld zuschieben!
Wir haben seitdem viele, Erlebnisse, Eindrücke und Gedanken gehabt, einige davon folgen auf den nächsten Seiten.



Fascho-Schläger

# Kurze Chronologie

17.9.91:
Hoyerswerda: Eine Gruppe von faschistischen Skinheads wirft mit Steinen fast alle Scheiben im Wohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße ein, in dem 150 AsylbewerberInnen leben. Danach werfen sie Mollies hinterher.
18.-20.9.91:
Die BewohnerInnen haben das Haus verbarrikadiert und sich mit Steinen und Stangen bewaffnet. Es gibt jede Nacht Überfälle, die daran Beteiligten werden immer mehr. Am Abend des 20. September belagern 600 (!) Leute das Wohnheim. Polizei fährt auf, die die Angriffe jedoch nicht verhindert.
19.9.91:
Saarlouis: Der 19jährige Ghanese Samuel Yeboah wird bei einem Brandanschlag ermordet.
21.9.91:
70 MocambiqanerInnen werden von Hoyerswerda nach Frankfurt/Main gebracht und von dort aus abgeschoben! Es wird damit begonnen, die beiden Wohnheime zu räumen und die BewohnerInnen in andere Städte zu verfrachten.
22.9.91:
Faschisten aus ganz Ostdeutschland kommen nach Hoyerswerda. Doch aus Berlin reisen 400 AntifaschistInnen an, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren. Diesmal gibt es unter den Faschisten viele Verletzte.

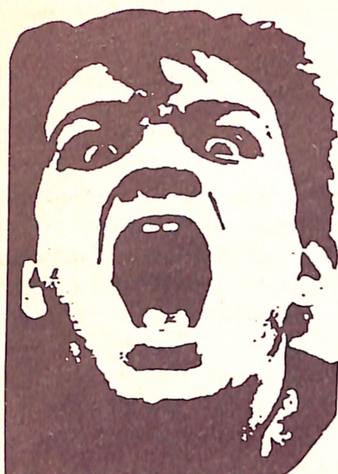
Von den Angreifern verletzter Vietnamese

ab 22.9.91:
In der gesamten BRD beginnen Überfälle und Brandanschläge auf Wohnheime von Flüchtlinge und Immigrant/innen, fast jede Region in Ost- und Westdeutschland ist davon betroffen. Die Politiker "verurteilen" die Gewalt, schieben aber gleichzeitig den Opfern die Schuld dafür zu.
29.9.91:
Hoyerswerda: 4.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet demonstrieren gegen den Rassismus. Es gibt massive Provokationen durch den BGS ("Bundesgrenzschutz"), der unbedingt eine Straßenschlacht inszenieren will. Doch durch das überlegte Verhal-



ten der DemonstrantInnen kann die Demo weitergeführt werden. Viele BewohnerInnen von Hoyerswerda schließen sich der Demonstration an.

Heute morgen kamen im Radio wieder diese Nachrichten: Dort ein Brandanschlag, hier drei Überfälle,



acht Verletzte, davon zwei schwer. Jeden Tag, jede Stunde, diese Zahlen im Radio. Doch diese Zahlen sind Menschen. Menschen, die irgendwo in der Welt geboren wurden, vielleicht in einem afrikanischen Dorf aufgewachsen sind oder in einem asiatischen Großstadtslum. Sie hatten Familie. Wenn sie Glück hatten, konnten sie zur Schule gehen. Vielleicht mußten sie sich verstecken, weil in vielen Ländern, aus denen Flüchtlinge kommen, werden Menschen verfolgt, gefoltert und getötet, wenn sie nicht regierungstreu sind. Es kann sein, daß sie wie viele andere vor ihnen im Kerker gesessen haben, ihre Verwandten umgebracht wurden.

Vielleicht war es aber auch so, daß sie aus einem armen Land kommen. Es gibt viele arme Länder auf der Welt und dort hungern und verhungern die Menschen. Und praktisch alle diese Länder werden von den großen Industriestaaten (wie z.B. die Bundesrepublik) total ausgebeutet. Ihr Kaffee, Tee oder Tabak, ihre Rohstoffe usw. werden ihnen nur zu einem winzigen Preis abgenommen, der kaum Gewinn abwirft, und die Unternehmer in den Ländern lassen ihre ArbeiterInnen auch lieber hungern, als ihnen mehr zu zahlen.

Es kann sein, daß die Eltern lange gespart haben, um den Kinder die Reise nach Europa zu bezahlen. Eine Reise, die die Eltern völlig ausblutet und sie allein zurückläßt – in der Hoffnung, die Kinder können vielleicht in Deutschland besser leben.

Jeder dieser Menschen, die in den Nachrichten nur als Zahlen vorkommen, hat seine Heimat verlassen. Meistens die Eltern, Verwandten und Freunde. Sie ließen ihr ganzes Leben hinter sich und gingen in ein kaltes Land. Hinter fast jedem Flüchtling liegt eine



Tragödie, liegt Trauer, Angst und Verzweiflung - und sehr oft ist dieses Deutschland die letzte Hoffnung.

Die Zahlen im Radio sollen uns abstumpfen, sollen unsere Gefühle ausschalten. Und damit unser Mitgefühl und unsere Solidarität. Wenn plötzlich diese massiven Überfälle zum Alltag werden, dürfen wir dies nicht hinnehmen! Jeder Brandsatz, jeder Stein und jede dieser Parolen stürzt Menschen in Verzweiflung und manchmal sogar in den Tod. Als vor einigen Jahrzehnten in Deutschland mit der Registrierung, Ghettoisierung und




Deportation der jüdischen Menschen begonnen wurde, gab es von den "nichtjüdischen" Deutschen kaum Widerstand dagegen. Und das, obwohl die meisten wußten, daß am Ende die Ermordung dieser Menschen stand!

Die Situation heute ist noch nicht so weit, sie ist eher vergleichbar mit der der 20er Jahre, als auch schon Nazi-Horden - unter den Augen der Polizei - jüdische Geschäfte, Wohnblocks und Synagogen angriffen. Den vereinzelten Angriffen folgten Brandstiftungen und Morde. Man gewöhnte sich daran, gab mit der Zeit sogar den Opfern die Schuld - warum lebten sie auch anders, trugen andere Klamotten oder Frisuren, sprachen anders? Warum waren sie auch Juden? Zum Schluß waren die meisten Deutschen gegen die Pogrome abgestumpft oder sie machten sogar mit. "Der Jude" war ja z.B. mit Schuld an der Arbeitslosigkeit, hieß es. Merkst du was? Es sind heute zum großen Teil die gleichen Parolen und "Argumente" wie damals!

Wir dürfen diese Normalität des aufkeimenden Faschismus nicht hinnehmen! Wir müssen uns lautstark und ganz deutlich gegen diese Entwicklung stellen. Kein Fußbreit den Faschisten, keine Chance dem Rassismus; das muß mehr werden, als nur hohle Parolen!

Wichtig ist jetzt, daß es eine praktische und aktive Solidarität gibt! In fast jedem Ort leben (noch) ausländische Menschen. Geht zu ihnen, setzt euch zusammen, lernt euch kennen. Lernt ihre Familien und ihre Probleme kennen und zeigt ihnen, daß es in diesem Land auch andere Menschen gibt, als diese verdammten Rassisten. Und viele dieser Menschen haben euch sicher auch was zu geben, von ihren Erfahrungen, von ihrer Heimat.

Wenn es bei euch AusländerInnen-Wohnheime gibt: Organisiert mit den BewohnerInnen die Bewachung oder zumindest einen Schutz z.B. über Telefonketten. Kümmert euch um Adressen von Rechtsanwältlnnen, die vielleicht zu kostenlosen Beratungen für ausländische Menschen bereit sind, macht euch auch selbst gesetzeskundig.

Beobachtet auch die Treffpunkte der Nazis und greift sie auch an, falls ihr stark genug dazu seid! Sie dürfen nicht mehr in Ruhe gelassen werden, denn sonst können sie ungestört zuschlagen. Sammelt auch Autonummern, Adressen und Fascho-Treffpunkte und gebt sie weiter. Sie dürfen nicht in ihrer Anonymität verschwinden, aus der raus sie unerkannt zuschlagen!

Vielleicht ist nicht all dies möglich, aber es ist verdammt wichtig, jetzt nicht wie der Hase vor der Schlange zu sitzen und reglos und hilflos zuzusehen, wie sie zuschlägt. Und auch, wenn die Anzahl der Anschläge wieder zurückgeht: Es ist nicht mehr wie vorher, die organisierten Neonazis und auch viele Deutsche haben gezeigt, wozu sie bereit sind und was wieder möglich ist.




Praktische Solidarität: Kontakte mit den Betroffenen, Flugblätter, Unterschriften sammeln, illegale Flüchtlinge verstecken und versorgen, Neonazis beobachten, angreifen und öffentlich machen, Soli-Aktionen, Diskussionen z.B. in der Schule, Nazi-Parolen übermalen usw. Es muß jetzt was passieren, damit der Horror nie wieder zur Normalität wird!





Tagesmutter
Wie Sie eine finden, wie Sie eine werden

„Privat-Pöbel!"
Pfarrer beleidigt alle Ost-Deutschen

SUPER! ZEITUNG

SUPER!-GIRL BINGO!
Ich heiße KATIN

Die Asylanten kommen
Der reiche Westen schickt uns die Not in Bussen

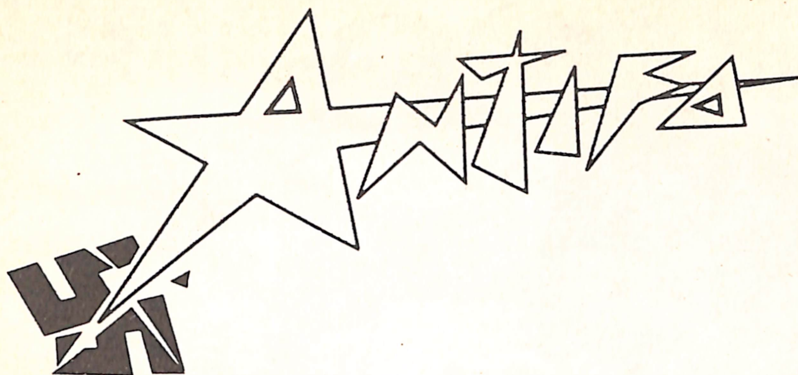
Wunderbar! Wieder 5 x 6000 Mark.
Das ganze Glück morgen auf Seite 3

SUPER! AKTUELL

Mit Deutschlands großem

# Die herrschende Politik – Wegbereiter des Rassismus

Die jetzigen rassistischen Überfälle kommen nicht einfach so aus dem Nichts. Sie wurden seit Langem von den Regierenden vorbereitet, nur ausgeführt wurden sie von organisierten Nazi-Gruppen.
Jahrelang wurden die AusländerInnen von der deutschen Bevölkerung isoliert, als "Fremde" gehalten. In der DDR noch mehr als im Westen, aber auch dort gab es spezielle "Heime" - Lager, in denen 6 bis 7 Menschen in einem Zimmer hausten, manchmal sogar in Zelten. Eine wirkliche Annäherung zwischen Hiergeborenen und Zugewanderten war niemals erwünscht, sie wurde weder von der Bundesregierung noch von der DDR wirklich betrieben. Es blieb bei scheinheiligen "Solidaritäts"-Erklärungen (in der DDR) und großen Zeitungsanzeigen "Miteinander leben" (im Westen). Doch wenn z.B. eine deutsche Frau einen türkischen Mann heiratet, wird sie automatisch von der AGA (Polizei-"Arbeitsgruppe zur gezielten Ausländerüberwachung") bespitzelt, ImmigrantInnen dürfen nicht an Wahlen teilnehmen, Flüchtlinge meist jahrelang ihren Wohnort nicht verlassen. Dazu kommt das neue (Anti-)"Ausländergesetz", das die Rechte der der Nicht-Deutschen noch weiter einschränkt, den Unterschied noch mehr vergrößert.
Seit Monaten tönen Politiker und die meisten Medien nun, daß das Land voll sei, die BRD könne nun keine weiteren AusländerInnen mehr aufnehmen. In der Presse begann eine beispielslose Hetze




gegen Flüchtlinge, von der BILD-Serie "Asylanten in Berlin" bis zur SPIEGEL-Titelstory "Das Boot ist voll". Alle Flüchtlinge ("Asylanten") wurden als "Schein-Asylanten" bezeichnet, die kein Recht auf ein Aufenthalt hier hätten.

Die Saat für den brutalen Gewaltausbruch wurde von der herrschenden Politik und ihrer Presse gelegt! Und deshalb sind die angeblich so betroffenen Kommentare der letzten Wochen nichts weiter als Verlogenheit und schlimmster Zynismus!

Und die Linie dieser "Ausländerpolitik" wird auch seitdem weiterverfolgt: Im ganzen Land melden sich die Politiker, die einen "Ausländer-Stopp" fordern. In Hoyerswerda haben die Rechten (und zwar nicht nur die Nazis) die angestrebte "ausländerfreie Stadt" erreicht, nun geht's weiter. Die CDU/CSU will das Grundgesetz ändern, um das Recht auf Asyl zu kippen, das sowieso schon total willkürlich außer Kraft gesetzt wird. Die SPD (Thierse) forderte, alle



AsylbewerberInnen in Heime unterzubringen, zwecks "besserer Durchsetzung der Asylentscheidung" (Abschiebung!). Und die Bundes-Grünen fordern die Integration der hier lebenden AusländerInnen, haben aber auch "Verständnis" dafür, wenn nicht noch mehr kommen sollen.
Die schrecklichen Überfälle, die Morde und Schwerverletzten werden von den meisten Parteien und Politikern offiziell "verurteilt", aber gleichzeitig als "Volkszorn" akzeptiert! Noch während die Betroffenen sich kaum noch raustrauen und aus Angst nicht mehr schlafen können, müssen sie zuschauen, wie weiter gegen sie gehetzt wird, wie sie als "Asylbetrüger" und "Schmarotzer" diffamiert werden.



# Bleiberecht für alle!

# FRAUEN SCHIESSEN ZURÜCK!




"Asylantenflut" und "Überfremdungsangst" waren die neuen Schlagwörter, mit denen weitere Verschärfungen der AusländerInnen- und Flüchtlingsgesetze begründet wurden. Sie dienten gleichzeitig als Hintergrund der neuerlichen Diskussion um die Verschärfung des § 218 innerhalb der Regierungsparteien.
Die wachsende nationalistische und rassistische Stimmung in der Bevölkerung gibt den sogenannten "Lebensschützern" neuen Auftrieb. Immer mehr Organisationen setzen sich öffentlich aktiv und zum Teil militant für den "Schutz des ungeborenen Lebens" ein. Schon lange kämpfen Frauen gegen den Abtreibungsparagraphen, der ihnen bei einer ungewollten Schwangerschaft das Recht nimmt, selbst zu entscheiden, ob sie das Kind bekommen wollen oder nicht. Der Frau wird das Recht auf Selbstbestimmung und auf ein Leben nach ihren eigenen Vorstellungen abgesprochen, sie hat sich ihrem "biologischen Schicksal" zu beugen. Gesetzliche Neuerungen, wie z.B. das durchaus positive und eigentlich selbstverständliche Babyjahr, haben weniger die Aufgabe, die soziale Lage der Frauen zu verbessern, als einen demokratischen Rechtsstaat vorzutäuschen. Die Frau - entmündigt und bevormundet durch eine patriarchale Gesellschaft, die in Regierung und gesetzgebenden Organen dominiert, von kirchlichen Kreisen als Massenmörderin (Kardinal Höffner) dif-

famiert. Beliebter Argumentationsstrang (nicht nur der kirchlichen Gruppen) ist die Gleichsetzung von "Holocaust" mit "Babycaust".

Dazu ein Pastor in einer Bistumszeitung:

> "1. Die Nazis haben ihren Massenmord immerhin mit einer Ideologie versehen. Es war nicht kaltherzige Ich-Sucht, wie etwa heute bei der Abtreibung. Diese Tötung aus rücksichtsloser Selbstsucht ist darum moralisch niedriger anzusehen.
>
> 2. Die Nazis haben sich an unschuldigen Menschen ausgelassen, die weitestgehend erwachsen waren und sich gegen das ihnen geschehende Unrecht empören konnten. Bei der Abtreibung zerstückelt, zerschneidet und erwürgt man ungeborene Kinder, die kein einziges Wort für sich sprechen können... Die Charakterlosigkeit ist noch abgründiger als bei den Nazimördern.
>
> 3. Die Nazis haben ihre Untaten vor der Bevölkerung und der Umwelt zu verbergen versucht. Offensichtlich war ein Rest von Unrechtsbewußtsein geblieben. Abtreibung geschieht bei uns in aller Öffentlichkeit und unter Anschein des Rechts... Die sich prostituierende Schamlosigkeit ist im Grunde tiefer als bei den Nazis."
>
> (zitiert nach "Spiegel" 7/83).

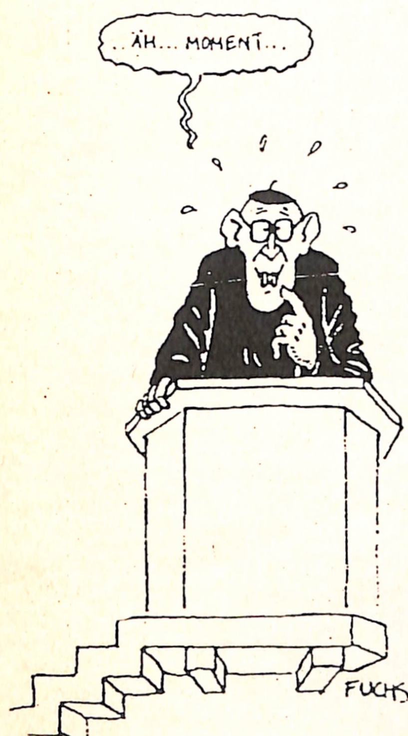
In den 70er Jahren löste die Aktion "Ich habe abgetrieben" von unbekannten und prominenten Frauen, die öffentlich zugaben, abgetrieben zu haben, erneut eine breite Protestbewegung gegen den § 218 aus. Sie forderten eine ersatzlose Streichung des Paragraphen, der die Bestrafung von Frauen und ÄrztInnen ermöglicht. In den darauffolgenden Diskussionen wurden Kompromisse geschlossen und es entstand der Entwurf der Fristenlösung. Gegen diesen Entwurf wurde jedoch von fünf christdemokratischen Länderregierungen und von 193 BundesbürgerInnen (da-




runter zehn Frauen) vor dem Verfassungsgericht geklagt und schließlich wurde die Indikationsregelung verabschiedet.

Nach dieser Regelung ist Abtreibung in der BRD unter Strafe (bis zu drei Jahren Gefängnis) gestellt. Ausnahmen, in denen Abtreibung

erlaubt ist, bilden die sogenannten Indikationen (Indikationsmodell):
o wenn das Kind schwerbeschädigt zu Welt käme (eugenische Indikation);
o wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist (kriminologische Indikation) – dies muß jedoch erst von der Frau bewiesen werden und wie kann z.B. eine Vergewaltigung innerhalb der Ehe bewiesen werden?;




o bei Gefahr für das Leben der Schwangeren (medizinische Indikation);
o wenn die Schwangere in einer sozialen Notlage ist, sofern sie dies glaubhaft vor einer/einem GutachterIn beweisen kann (soziale Indikation).

Treffen diese Indikationen nicht zu, wird frau zum Austragen des Kindes gezwungen, sofern sie nicht das Geld für einen "illegalen" Abbruch im Ausland hat. Oder ihr bleibt nur der Gang zu "Pfuschern", wobei die gesundheitliche Gefahr für sie wächst. Damit ist der § 218 in dieser "Demokratie" einer der entmündigendsten Paragraphen. Ganz egal in welchem Land Europas eine Frau lebt, fast überall drohen ihr Strafen und Schikanen durch Staat und Gesellschaft, wenn sie eine Abtreibung vornehmen läßt, außer in Griechenland oder den Niederlanden, dort herrscht eine uneingeschränkte Fristenlösung. Diese beläßt es bei der grundsätzlichen Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches, sie nimmt lediglich den staatlichen Verfolgungs- und Strafanspruch zurück. Damit wird der Frau zumindestens für diesen Zeitraum Gewissens- und Entscheidungsfreiheit zugestanden. Auch trägt die Fristenlösung der Erkenntnis Rechnung, daß Strafandrohung kein wirksames Instrument zur Verhinderung des Schwangerschaftsabbruches ist. Die Zahl der Abtreibungen wird durch den § 218 nicht vermindert, es steigt lediglich die Anzahl der illegalen Schwangerschaftsabbrüche. Der Paragraph scheint so eher eine Gewissensberuhigung für "LebensschützerInnen" darzustellen, ein Alibi für unterlassene Hilfe und fehlende gesellschaftliche Reformen zugunsten von Müttern. Eine Frau jedoch davon abzuhalten, das Kind gegen ihren Willen bekommen zu müssen, kann er nicht. Er entscheidet nur darüber, ob der Eingriff unter dem

Etikett 'legal' oder 'illegal' erfolgt und über die Qualität der medizinischen Versorgung während und nach dem Abbruch.
Trotz aller Gründe die gegen den Paragraphen sprechen, wird versucht, ihn beizubehalten. In den Schulen werden immer wieder abschreckende Filme mit zerhackten Embryonen und natürlich viel Blut gezeigt. Damit wird versucht, den SchülerInnen die gewünschte Abneigung gegen einen Schwangerschaftsabbruch einzuimpfen. Föten aus verschiedenen Entwicklungsstadien werden überdimensional dargestellt, so soll das Embryo als vollentwickeltes und fühlendes "Baby" verkauft werden.
Anstatt frühzeitig über Verhütungsmöglichkeiten, Schwangerschaft und Abbrüche etc. zu informieren, wird massiv versucht, die SchülerInnen in eine konforme Richtung zu zwängen. Abtreibende Frauen und ÄrztInnen werden als MörderInnen dargestellt. Der "Massenmord am ungeborenen Leben" wird damit zu Hauptargument für den Paragraphen hochstilisiert. Immer weniger wird es nötig, diesen Tötungsvorwurf zu begründen - oder zumindest es zu versuchen - und immer weniger stößt er auf Protest. Ziel ist es, in den Köpfen der zumeist Jugendlichen bereits ein patriarchales Frauenbild zu erwecken. Es geht hierbei allein um die Verglorifizierung der Mutterrolle der Frau in der deutschen Kleinfamilie. Eine äußerst gefährliche Kampagne, weil ihr wirklicher Inhalt nämlich






Auf eine Diskussion über den Tötungsvorwurf gegenüber der Frau bei Abtreibung wollen wir uns gar nicht erst einlassen. Wir sind der Meinung, daß es jeder schwangeren Frau freistehen muß, völlig selbstbestimmt über ihre Schwangerschaft und einen Abbruch zu entscheiden. Jede Einmischung in dieses Recht und vor allem die zeitraubende Praxis der vorgeschriebenen Beratungen verzögert zudem nur den Zeitpunkt des Abbruches und hat für die Frau nur Nachteile.

"Deutsche Frauen produziert deutsche Kinder!" nicht offenliegt und nicht in Verbindung gebracht wird mit der drohenden Verschärfung des § 218. CDU-Politiker drücken bereits ernsthafte Besorgnis über den Geburtenrückgang deutscher Kinder aus - streichen ausländischen Frauen in der BRD jedoch gleichzeitig verstärkt die finanzielle Unterstützung für ihre Kinder. "Deutschstämmige" Aussiedlerfamilien sind erwünscht, weil sie, abgesehen von ihrer Arbeits- und Kaufkraft, laut Kohl, viele deutsche Kinder in die Welt bringen. Der Kinderreichtum türkischer und arabischer Familien ist weniger erwünscht und wird als soziales Problem beklagt. Einerseits plädiert die Regierung für den "Schutz des ungeborenen Lebens" und gegen Abtreibungen, andererseits sind in der BRD Zwangssterilisationen für ausländische Frauen derbe Realität.






Vielleicht ist es erstmal ganz wichtig zu erklären, was wir unter "Repression" verstehen und warum wir also dagegen kämpfen. Jede/r von uns, die/der gegen die staatliche Politik und deren Umsetzung protestiert oder sich wehrt, die/der für ihre Utopien kämpft und das System und dessen Herrschende angreift, wird dadurch mit staatlicher Repression konfrontiert... - Spitzel, Bullen, Justiz und Knast. Doch dieser Staat ist nicht nur darum bemüht und darauf ausgerichtet, sich vorbeugend gegen uns in Form von flächendeckender Überwachung zu schützen, der Staat versucht Voraussetzungen zu schaffen, den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen den Anschein des Allgemeingültigen zu geben. Das heißt, die vom Staat entwickelten Spielregeln sind so festgelegt, daß jede andere Betrachtungsweise, z.B. über das Verhältnis Ökonomie - Macht, für unmöglich erklärt werden. Kommt der Staat in die Lage, daß er sich mit gesellschaftlich-politischen Kräften auseinanderzusetzen hat, weil diese auf eine Überwindung des Systems zielen, dann wird diese "Auseinandersetzung" als "Verbrechensbekämpfung" deklariert und in diesem Zusammenhang widerständische Bewegungen als "Chaoten und Terroristen" gebrandmarkt. Um es mal auf ein ziemlich einfachen Nenner zu bringen: Egal welche Partei am Drükker ist oder welche (Treuhand-)Anstalt am Verwalten ist, der Staat ist pikiert und reagiert gereizt (z.B. mit Reizgas), wenn an ihm kritisiert wird. Die Form der Unterdrückung des Widerstands (Repression) sind vielfältig. Das Prinzip jedoch ist so




einfach, wie auch gefährlich. Grundsätzlich agiert dieses Prinzip im Verhältnis von *Präsentation* (Abschreckung und Vorbeugung) - *Konfrontation* (brutale Demo-Auflösung und zivile Greiftrupps) - *Vergeltung* (Strafverfolgung, Festnahme, Verhör, Bußgeld und Knast). Dieses Prinzip ist deshalb so gefährlich, weil diese drei Wesensmerkmale in einer Einheit wirken, deren Spielräume keine Grenzen kennen - dem Staat ist jedes Mittel recht. Ein für uns ganz wichtiger Aspekt ist der Einsatz von paramilitärischen und faschistischen Verbänden in der Aufstandsbekämpfung. In der BRD ist die Toleranz des Staatsapparates gegenüber Faschisten bekannt. Ihre Einbeziehung in den Kampf gegen die Linke ist u.a. sichtbar geworden:

o in aufgedeckten Fällen von Verbindungen von Geheimdienstlern und Faschisten;

o in der Duldung faschistischer Angriffe auf besetzte Häuser und Linke (siehe "Machtlosigkeit" der Bullen in den letzten drei Monaten in Connewitz im Gegensatz zum Bullenaufmarsch zur Antifa-Demo am 9. November!!);

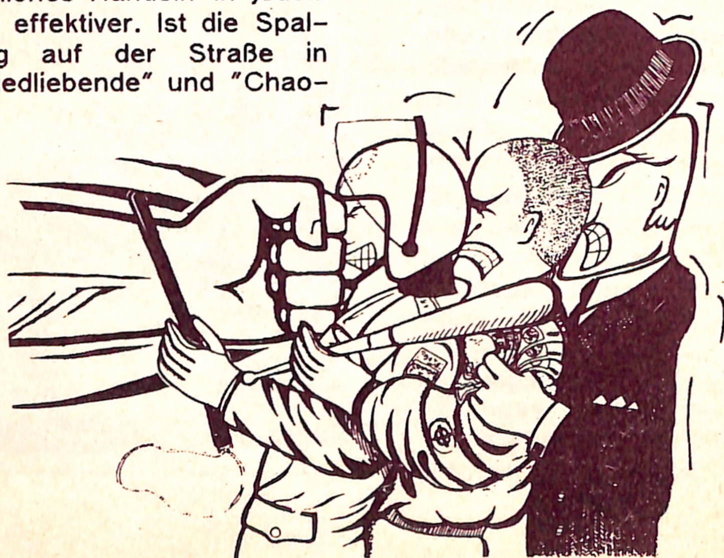
o in zunehmender Akzeptanz nationalsozialistischer Ideen von Staatsdienern (die Dresdener und Hallenser Bullen scheinen einen Patenschaftsvertrag mit den dortigen Faschisten zu haben, denn letztere erledigen für sie die doch etwas schmutzige Arbeit - z.B. Hütchenspieler jagen).



Wir betrachten die angebliche Verfolgung der Faschisten durch den Staatsschutz als Beruhigung des liberalen Gewissens und als fadenscheinige Rechtfertigung gegenüber dem Ausland, dem der bittere Nachgeschmack der Großmacht Deutschland noch pelzig auf der Zunge liegt.
Die folgend aufgezeigten weiteren Funktionsweisen staatlicher Repression sollten unserer Meinung nach Anlaß zu gruppenübergreifender Auseinandersetzung und Diskussion sein, da der Widerstand gegen diese Spielarten der Unterdrückung ein bestimmtes Maß an Geschlossenheit und einheitlichem Handeln verlangt.

- o Widerständische Bewegungen sollen über den Hebel der Repression in "friedliche" und "gewalttätige" Gruppen gespalten werden, indem die Bullen eine Auseinandersetzung während einer Demo provozieren (z.B. willkürliche Routenänderung). Grundsätzlich ist einheitliches Handeln in jedem Fall effektiver. Ist die Spaltung auf der Straße in "Friedliebende" und "Chaoten" erreicht, können dann ganze politische Zusammenhänge kriminalisiert werden, u.a. mit Hilfe des § 129a;
- o die propagandistische Isolierung politischer Kräfte mit den Mitteln des Nachrichtenmonopols. Die Kriminalisierung der Linken durch die Medien dürfte bekannt sein (die TeilnehmerInnen von Demos der Linken sind "meist junge vermummte Leute mit roten und schwarzen Fahnen").

Es ist sicher nicht einfach, den innerlichen Halt, das Selbstbewußtsein zu finden und zu haben, um gegen die existierende Allmacht und die anscheinende Überlegenheit des Staates zu kämpfen. Doch jede/r Einzelne, die/der sich gegen den Staatsgehorsam verwehrt, nimmt ihm einen, wenn auch geringen Teil, seiner Macht.



# TIPS + TRIX FÜR ANTIFAS:

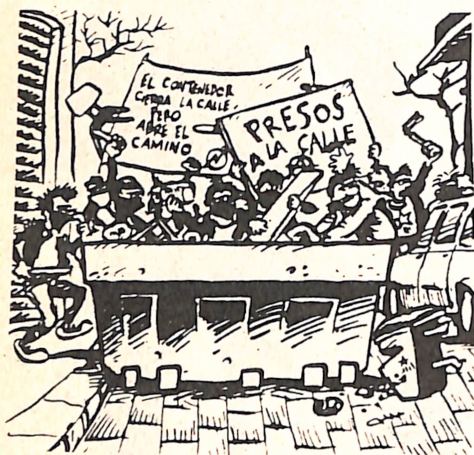
## *Demos + Kundgebungen*

Wenn eine Demonstration oder 'ne Kundgebung gemacht werden soll, muß vorher überlegt werden, ob sie angemeldet werden soll. Prinzipiell müssen sie vorher schon angemeldet werden und zwar einige Tage vorher. Allerdings gibt es auch die Möglichkeit, eine SPONTAN-DEMO zu veranstalten. Die muß dann auch offiziell "spontan" sein, muß aber trotzdem vor Ort angemeldet werden.



ANMELDUNG EINER DEMO/KUNDGEBUNG:
Du gehst zu einem Polizeiabschnitt (mit Personalausweis) und sagst, daß du eine Demo anmelden willst. Im Falle einer politischen Demo (was ja dann wohl der Fall ist) darfst du dann zum Staatsschutz latschen und das Teil dort anmelden. Du zeigst denen deinen Ausweis, erzählst die gewünschte Route und wieviele Leute erwartet werden. Vielleicht stellen sie noch einige Fragen. Damit hast du dann zwar die Demo angemeldet, aber sie ist noch nicht automatisch genehmigt. Erst wenn du die Bestätigung in der Hand hast, darf die Aktion auch durchgeführt werden. In der Regel kriegste die einige Tage vor der Demo. Oft sind damit aber bestimmte Auflagen verbunden, wie z.B. soundsoviel Ordner/innen stellen, keine Vermummung oder keine grüne Unterhosen. Manchmal darf auch eine bestimmte Strecke nicht oder nur zu anderen Zeiten benutzt werden oder die Aktion wird ganz verboten. Dann sollte unbedingt ein Anwältin/ein Anwalt eingeschaltet, die/der versucht, die Aktion gerichtlich durchzusetzen! Ansonsten gab es auch schon viele Demos und Kundgebungen, die nicht angemeldet waren, aber dies sei nur zur Abscheckung bemerkt...

Wenn ihr nun eine Kundgebung oder Demo organisiert gilt es noch auf viele andere Dinge zu achten: In der Regel gilt, wenn niemand weiß, daß die Aktion stattfindet, kommt auch niemand. Dann sollte es eine Möglichkeit geben, Redebeiträge über Lautsprecher zu verlesen. Normalerweise braucht man dazu eine etwas größere Anlage, da Megaphone nur eine geringe Reichweite haben. Also sind ein oder mehrere Lautsprecherwagen nötig, die eine Anlage



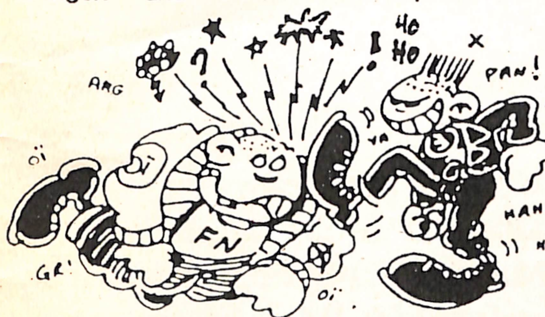

auf dem Dach montiert haben. Die Redebeiträge müssen gut zu verstehen sein (auch stilistisch) und nicht zu lang oder langweilig.
Bei bestimmten Demos muß auch ein Schutz für den Wagen organisiert sein. Der/die Veranstalter/innen (also ihr) muß die ganze Zeit über Kontakt zur Polizei-Einsatzleitung halten. Dafür gibt es in der Regel einen Kontaktbullen. Außerdem solltet ihr mit eventuellen Ordner/innen immer in Kontakt stehen. Diese haben übrigens nicht unbedingt die Aufgabe, die Teilnehmer/innen der Demo zu ordnen, sondern z.B. auch Provokationen von außen zu unterbinden oder auf die Leute entsprechend einzuwirken.
In jedem Fall sollte es eine Demo/Aktionsleitung geben! Am besten sind das einige Menschen die sich kennen und die sich vor allem bei kritischen Situationen kurz beraten können und dann gemeinsam Entscheidungen treffen. Sind mehrere Gruppen an der Aktion beteiligt, sollte sich die Demo/Aktionsleitung auch aus Leuten dieser Gruppen zusammensetzen.
Oftmals empfiehlt sich übrigens ein Infodienst, damit die Aktionsleitung überhaupt was entscheiden kann. Das heißt, daß mehrere Menschen die Demo im Auge haben und über Vorfälle berichten können.-
Die Leitung kann nur Entscheidungen treffen, wenn sie die Situation kennt. Vor allem bei Antifa-Demos hat sich ein solcher Infodienst schon als sehr sinnvoll erwiesen!
Ist zu erwarten, daß es Prügeleien mit Bullen oder Nazis geben könnte, sollte vorher auch Sanis angesprochen werden. Ansonsten muß ein Sanidienst organisiert werden!

Soweit also dazu, wenn ihr selbst eine Demo oder Kundgebung macht. Aber auch wenn ihr nur auf eine Demo geht, muß auf einiges geachtet werden:
Erstmal sollte klar sein, wer zusammengehört. In einer kleinen Gruppe ist man besser geschützt und auch aktionsfähiger als allein. Dazu ist es aber nötig, daß nicht immer aller Leute dazwischenrennen.
Das heißt also: Ketten machen oder auf jeden Fall eng zusammenbleiben. Für den Fall, daß man getrennt wird, kann vorher ein Rufwort ausgemacht werden (z.B. "Goldhamster", aber nicht "Antifagruppe Müller-

schule" - klar?). In besonderen Situationen könnt ihr euch immer nochmal kurz beraten was zu tun ist - überlegt euch vorher, was es an besonderen Situationen geben kann und wie ihr euch dann verhaltet! Auf jeden Fall auch immer auf den eigenen Selbstschutz achten. Also dicke, feste Kleidung, eventuell Armschoner (gibts als Knieschützer in der Sportabteilung) zur Knüppelabwehr, Tücher oder Masken können vor neugierigen Kameras schützen. Achtet auf eventuelle Spitzel oder Provokateure neben, vor oder hinter euch und schmeißt die raus. Wenn ihr euch nicht sicher seid, ignoriert sie nicht, sondern behaltet sie im Auge.

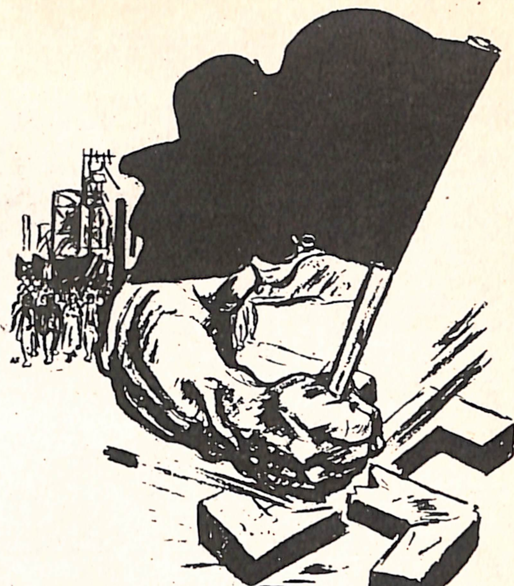
Was besonders scheiße ist, aber immer wieder gern gemacht wird, sind die "Helden-Aktionen" einzelner 'Cowboys'. Oft sind das Schwachsinnsaktionen, die den Bullen einen Vorwand zum Reinknüppeln geben.

Denkt euch VOR der Demo Parolen aus, die den Sinn der Aktion rüberbringen und bereitet Transparente




## NICHTS TUN HEIßT ZUSTIMMEN

vor. Es kann auch sinnvoll sein, sich einen Fotoapparat mitzunehmen, um bestimmte Situationen zu fotografieren. Dann aber nur mit neuem



## ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Film und vorher keine/n Freund/in aufnehmen! Denn wenn die Bullen den kriegen, freuen sie sich.

Ansonsten sollten alle versuchen, die Demo-/Aktionsleitung zu unterstützen und z.B. SICHERE Infos abzuliefern, bei stressigen Situationen beruhigend und überlegt zu handeln. Vor allem gibt's immer Leute, die nur ihren "Spaß" haben wollen und sich diesen auch gegen den Willen der restlichen Teilnehmer/innen durchzusetzen; da ist es wichtig, nicht irgendwelchen Schwachsinn zu unterstützen, sondern dem entgegenzuwirken. Das hat auch nichts mit Bulle-spielen zu tun, sondern damit, daß wir den Verlauf unserer Aktionen selbst bestimmen müssen und das nicht den Bullen oder irgendwelchen Leuten überlassen, denen es gar nicht um die gesamte Aktion geht.

Wir rufen auf zu einer

bundesweiten

# DEMONSTRATION

Samstag, 14.3.92

PASSAU

GEGEN
RASSISMUS,INTOLERANZ UND
NEOFASCHISMUS

Am 14.3. findet in Passau ein bundesweites Nazitreffen statt.Lassen wir nicht zu,daß dieses störungsfrei abläuft.Verhindern wir gemeinsam,daß sie ihre faschistoiden Ideen weiter über Deutschland verbreiten können.Genauen Treffpunkt und Uhrzeit geben wir rechtzeitig bekannt.